

EDITIONS
LE DOUBS


Service Public

Andreas Gross - Fredi Krebs
Martin Schaffner - Martin Stohler

Von der Provokation zum Irrtum Menschenrechte und Demokratie nach dem Minarett-Bauverbot

Mai 2010

Konzept, Gestaltung, Produktion: Fredi Krebs
Titelillustration: Andreas Gross
Schnellkorrektur: Isegrim Myops

Druck: Albdruk, 5000 Aarau
Vorstufe: Häberli Repro, 5001 Aarau

Editions le Doubs, CP 65
CH-2882 St-Ursanne

ISBN 978-2-940455-00-3

4. Der Blick von aussen

Kritik und Unverständnis: Medienreaktionen aus den USA

Yves Winter

«Minaret Ban Challenges Tolerant Swiss Image», titelte das TIME Magazin in seiner Online-Ausgabe vom 30. November 2009. Die kritische Berichterstattung des *Time* Magazins ist kein Einzelfall in der amerikanischen Medienlandschaft. Quer durch das politische Spektrum beschreiben sowohl Print- als auch Onlinemedien, Radio und Fernsehen den schweizerischen Volksentscheid als besorgniserregend und beunruhigend. Es herrscht Unverständnis, wie das Verbot mit der Religionsfreiheit vereinbar sei; es gilt als willkürlich und intolerant. Vor allem liberale Medien zeigen sich schockiert. Die New York Times hat das Thema in über einem Dutzend Artikel aufgegriffen; auch im National Public Radio ist das Verbot mehrmals ausführlich besprochen worden. Auffallend ist: Selbst konservative Medien beleuchten den neuen Verfassungspassus kritisch. Abgesehen von vereinzelt rechtsnationalistischen und islamophoben Bloggern, welche das Abstimmungsresultat als Schutzwall gegen die drohende 'Islamisierung' des Westens begrüßen (so z.B. Ayaan Hirsi Ali in einer Kolumne im *Christian Science Monitor*), lehnen selbst neokonservative Stimmen die neue

Vorschrift als diskriminierend ab. Auf der Webseite von Fox News findet sich beispielsweise ein skeptischer Artikel der *Associated Press*. Wie praktisch alle Medienberichte in den USA, ist der Artikel vom berüchtigten Abstimmungsplakat begleitet, welches eine Niqab-umhüllte Frau vor dem Hintergrund einer mit Minaretten gespickten Schweizerfahne zeigt. Das Plakat, welches die amerikanische Presse als fremdenfeindlich und propagandistisch einstuft, ist zum Symbol des Verbots geworden. Die *New York Times* widmet der Werbeagentur, welche die SVP-Plakate entwirft, sogar einen eigenen Hintergrundartikel.

Durchwegs wird betont, in der Schweiz stünden nur gerade vier Minarette, womit klar sei, dass es nicht um diese gehe, sondern um einen symbolischen und symptomatischen Entscheid. Es stellt sich also die Frage, wie das *Wall Street Journal* in seinem Leitartikel schreibt, wie dieser symbolische Akt zu interpretieren sei. Die amerikanischen Medien sind sich einig, dass das Minarettverbot keinen schweizerischen Sonderfall darstelle, sondern im Zusammenhang der wachsenden europäischen Islamophobie interpretiert werden müsse. Die *New York Times* kommentiert, der Minarett-Entscheid hätte praktisch überall in Europa gefällt werden können, während die *Associated Press* von einer europäischen Reaktion auf die wachsende muslimische Bevölkerung spricht. Islamophobie und diffuse Ängste sowie auch das Erstarken rechtspopulistischer Parteien werden des weitern als Erklärungsmuster herbeigezogen. Der linke *Counterpunch*

überlegt, ob die anti-islamischen Kampagnen in Europa als Zeichen einer neuen Inquisition zu werten seien. In der *Washington Post* fragt Mona Eltahawy provokativ: «When did Saudi Arabia become your role model?»

Auffallend an der Kritik ist nicht nur, dass sie aus praktisch allen politischen Lagern kommt, sondern auch, dass die Berichterstattung, selbst in der linken Presse, das Thema Islamophobie als europäisches Phänomen diskutiert. Dabei gäbe die jüngste Geschichte (die auf den 11. September 2001 folgenden Gewaltausbrüche gegen Araber und Muslime und andere Einwohner der USA, die mit jenen verwechselt wurden) Anlass dazu, auf amerikanische Variationen der Islamophobie zu reflektieren und allfällige Verbindungen oder Kontraste aufzuzeigen. Dass dies nicht thematisiert wird, ist nur teilweise mit der Scheinheiligkeit der amerikanischen Medien zu erklären. Zwar stellt das schweizerische Minarettverbot eine gute Gelegenheit dar, um von der grassierenden Xenophobie in den USA abzulenken. Aber die Einhelligkeit der amerikanischen Medien lässt darauf schliessen, dass es hier weder um politische Differenzen noch um gruppenpsychologische Projektionen geht, sondern um eine grundlegende Unübersetzbarkeit von politischen Diskursen.

Für den amerikanischen politischen Diskurs ist ein Minarettverbot schlicht nicht mit rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbar. Es verletzt liberale Grundrechte wie Religions- und Meinungsfreiheit, und es widerspricht den Prinzipien der

Rechtsgleichheit sowie dem Diskriminierungsverbot. Die Einstimmigkeit der Kritik weist darauf hin, dass nicht die Gerechtigkeit des Verbots angezweifelt wird, sondern dessen grundsätzliche Rechtmässigkeit. Dies wird deutlich angesichts der Tendenz der US-Medien, amerikanischen Verfassungsprinzipien und Grundrechten eine globale und universelle Geltung zuzuschreiben.

Das liberale Argumentationsmuster, das sich auf Grundrechte und Freiheiten beruft, besticht durch seine Klarheit. Es besagt, der Staat solle das Privatleben der Bürgerinnen und Bürgern nur dann beeinträchtigen, wenn gewichtige Allgemeininteressen vorliegen. Grundrechte und rechtsstaatliche Prinzipien müssen vor Willkür geschützt werden, selbst wenn die Willkür Ausdruck des Volkswillens ist. Das Problem mit solchen liberalen Argumenten ist allerdings, dass sie zu einer sukzessiven Privatisierung und Depolitisierung des öffentlichen Raums führen. Das Bauen und freie Gestalten von Gotteshäusern ist verfassungsrechtlich geschützt, weil es sich dabei um eine Privatangelegenheit handelt, die den Staat nichts angeht. Der Schutz von Minaretten, Kirchtürmen, Synagogen und Scientology-Tempeln wird damit erkaufte, dass religiöse Räume nur als Privatbereiche wahrgenommen werden können. Das hat einerseits den Vorteil, dass Willkürentscheidungen, wie das schweizerische Minarettverbot vermieden werden; andererseits aber leistet diese Praxis einer sukzessiven Aushöhlung des öffentlichen Raumes Vorschub. Denn öffentlicher Raum gestaltet sich in den USA

hauptsächlich in der Form eines Nebeneinanders von Privaträumen, nach dem Muster einer Einkaufspassage, von welcher aus die angesammelten Waren bestaunt werden können, oder eines gebührenfreien Parkplatzes, wo Privatfahrzeuge nebeneinander stehen.

Insofern als öffentlicher Raum überwiegend als konsumorientiert und warenförmig erzeugt wird, schlagen sich darin die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und die Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft architektonisch nieder. Öffentlicher Raum ist kein neutrales Feld, sondern kondensiert historisch gewachsene Herrschaftsbeziehungen. Die Minarettinitiative begegnet dieser Herausforderung mit der diskriminierenden Ausgrenzung islamischer Symbolik, was offensichtlich die falsche Antwort ist. Dennoch stellt sich die Frage, ob die Initiative nicht auch einen kritischen Wahrheitsgehalt hat, nämlich die Erkenntnis, dass öffentlicher Raum auf seine Machtverhältnisse hin zu befragen und zu überprüfen ist. Ob die liberalen Argumente (wie sie unter anderem aus den USA kommen), die sich auf die Privatisierung und Depolitisierung gesellschaftlicher Räume stützen, darauf die beste Entgegnung sind, ist allerdings zu bezweifeln.